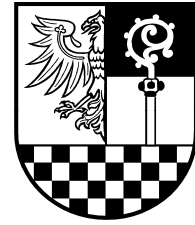


Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



VORLAGE

Nr. 4-1305/12/-KT/1

für die öffentliche Sitzung

Beratungsfolge der Fachausschüsse

Kreistag

10.09.2012

Einreicher: Vorsitzender des Kreistages

Betr.: Petition der Bürgerinitiative Freier Wald e.V. für ein Bürgerrederecht in der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag unterstützt das Anliegen der Bürgerinitiative Freier Wald e.V. zur Einführung einer Bürgerfragestunde in der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming e.V.

Luckenwalde, den 06.08.2012

Schulze

Sachverhalt:

Die Bürgerinitiative Freier Wald e.V. hat sich mit einer Petition vom 1. August 2012 (Posteingang im Büro des Kreistages am 9. August 2012) an den Kreistag gewandt und um Unterstützung gebeten, ein Rederecht für Bürger – im Sinne einer Einwohnerfragestunde – in der Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming einzuführen. (Anlage 1)

Gemäß § 16 BbgKVerf ist der Einreicher einer Petition innerhalb von vier Wochen über die Stellungnahme zu seinem Anliegen zu unterrichten. Mit Eingangsbestätigung vom 9. August 2012 wurde den Petenten mitgeteilt, dass die Petition in der Sitzung des Kreistages am 10. September 2012 auf der Tagesordnung steht.

Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist Träger der Regionalplanung in der Region. Ihr obliegt die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung des Regionalplans als Teil der übergeordneten und zusammenfassenden Landesplanung. Die näheren Rechtsverhältnisse regelt das Gesetz zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG). Die Regionale Planungsgemeinschaft handelt durch ihre Organe - die Regionalversammlung und den Regionalvorstand. Die Aufgaben und die Arbeitsweise dieser Organe werden durch die Hauptsatzung geregelt, die der Genehmigung der Landesplanungsbehörde bedarf. Die jetzige Fassung der Hauptsatzung für die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming vom 14. September 2009 enthält für Bürger kein Rederecht.

Zur Möglichkeit, das Anliegen der Petenten zu unterstützen, erfolgte ein Gespräch mit dem Leiter der Planungsstelle Herrn Knauer. Herr Knauer hat den Vorschlag unterbreitet, künftig den Bürgern ein Rederecht bei den Sitzungen des Regionalvorstandes einzuräumen, die in der Regel alle zwei Monate einberufen werden. Begründet wird der Vorschlag insbesondere damit, dass auf diesem Wege schneller Anregungen der Bürger aufgegriffen werden könnten und damit noch rechtzeitig Einfluss auf Entscheidungen, die für die Regionalversammlung zur Beschlussfassung vorbereitet werden, genommen werden kann. Die Regionalversammlung tagt in der Regel nur zweimal jährlich.

In der Sitzung des Regionalvorstandes am 12. Oktober 2012 wird unter TOP 8 eine Bürgerfragestunde stattfinden (Anlage 2 – Einladung zur 15. Sitzung des Regionalvorstandes). Diese Bürgerfragestunde wird jedoch erst einmal eine Ausnahme sein.

Für die Aufnahme einer regelmäßigen Bürgerfragestunde in die Sitzungen des Vorstandes oder auch der Regionalversammlung ist eine Hauptsatzungsänderung notwendig, worüber jedoch zunächst der Vorstand entscheiden muss.

Sollte dem Vorschlag entsprochen werden, würde dem Anliegen der Bürgerinitiative Freier Wald e.V., sich zukünftig zu Fragen der Regionalplanung kommunalpolitisch einzubringen zu können, Rechnung getragen.